

## Briefe

### Schon jetzt sehr gute Versorgung

#### Zur Baselbieter Abstimmung über die Bruderholz-Initiative; BaZ diverse

Es ist nicht so, dass die Regierungen Baselland und Basel-Stadt das «Hölzli» schliessen wollen. Das Bruderholzspital könnte jedoch die notwendigen Investitionen nicht selber finanzieren und wäre auf Zuschüsse vom Staat angewiesen. Es besteht eine langfristige Strategie des Kantonsspitals Baselland mit den drei Standorten Bruderholz, Laufen und Liestal. Diese wollen wir weiterhin unterstützen. Die Spital-Initiative würde diese Strategie gefährden.

Interessant ist, dass drei Viertel der Bevölkerung vom unteren Baselbiet nicht das Bruderholzspital, sondern andere Spitäler nutzen, die in der Nähe sind. In unserer Region haben wir in der Gesundheitsversorgung eine sehr gute Qualität, die auch in Zukunft gesichert ist. Die Spital-Initiative braucht es deshalb nicht.

Elisabeth Augstburger, Landrätin EVP, Liestal

### Ein Fass ohne Boden?

Von den Abstimmungsplakaten lässt uns eines – «Nein zum Fass ohne Boden» – zuerst einmal ratlos. Nur aus der Nähe realisiert man, dass mit dem «Fass ohne Boden» das Bruderholz-Spital gemeint ist. Dies aber ist, wie jeder unbefangene Mensch feststellen wird, eine Fehldeutung. Denn in Wirklichkeit kommt eigentlich das, was die Kantonsspital Baselland AG plant und realisieren will, einem Fass ohne Boden gleich. Denken Sie an all die neuen und die noch geplanten Ambulatorien. Oder an die Mehrkosten von Patienten, die ein Spitalbett brauchen, und alternativ in der teureren Basler Universitätsklinik gepflegt werden. Die Krankenkassenprämien der Unterbaselbieter werden steigen und sich den markant höheren der Baselstädter angleichen.

Wieso die ganze Kantonsspital-Planung, die ein normaler Bürger nicht nachzuvollziehen vermag, konkret einen Spareffekt haben soll, bleibt Geheimnis. Und warum bei all dem ausgerechnet das Bruderholz-Spital ein Fass ohne Boden sein soll, bleibt auch ein Rätsel. Es handelt sich um eine gefährliche Fehldeutung, aus der man falsche Schlüsse zieht und von der man sich Sparerfolge erhofft, die nie eintreffen werden.

Die Kantonsspital Baselland AG gehört im Gesundheitsbereich zu den «Service-public-Diensten», wie auf Bundesebene die Post AG. Bei beiden muss die Politik, bei uns nun das Volk, den Planern Schranken setzen. Sonst geht man mit uns um wie die Post AG, die unsere Poststellen schliesst. Stoppen Sie die Zumutungen der Planer und verankern Sie mit Ihrem Ja zur Initiative im Gesetz, dass uns unsere Spitäler in Liestal, auf dem Bruderholz und in Laufen erhalten bleiben.

Viktor Zihlmann-Lovric, Biel-Benken

### Unheimliche Unwahrheiten

Joël Hoffmann trifft den Nagel auf den Kopf in seinem Artikel über die Verbreitung von Unwahrheiten. «Doch Fakten sind Fakten», ist seine Schlussfolgerung. Aber auch falsche Behauptungen prägen sich in die Köpfe ein. Da die Unwahrheiten gezielt und systematisch verbreitet werden, ist das schon unheimlich und beunruhigend.

Das Initiativkomitee träumt von «seinem» günstigen «Hölzli». Fakt ist aber: Das Bruderholzspital fährt Millionen-Defizite ein und drei Viertel der Unterbaselbieter meiden es und gehen in andere Spitäler. Die Initianten behaupten keck, Basel-Stadt wolle das Bruderholzspital schliessen, was erwiesenermassen falsch ist. Fakt ist, die Gegner der Initiative stehen zu einem modernen, auf die Zukunft ausgerichteten «Hölzli» und wollen es retten und dem Personal sichere Arbeitsplätze bieten.

Wer an die Urne geht, soll sich nicht blenden lassen von falschen Behauptungen der Nostalgiker, denn die Fakten sprechen klar für ein Nein. Das ebnet den Weg für die Aufwertung des Bru-

## Heute vor 49 Jahren



**3.5. 1968: Schlacht um Paris.** Der Aufstand der Studenten, der die französische Regierung von Charles de Gaulle in eine Krise stürzen sollte, begann am 3. Mai mit der Besetzung der Universität Sorbonne im Quartier Latin. In heftigen Strassenschlachten prallten die Studierenden und die Polizei aneinander, Steine flogen, die Polizisten verhafteten Hunderte von Demonstranten. «Unter dem Pflaster der Strand», hiess ein Slogan, «Es ist verboten, zu verbieten» ein anderer. Die Studierenden liessen sich von sozialistischen Ideologien inspirieren, aber auch von den Künstlern des Situationismus und den existenzialistischen Philosophen. Foto Keystone

derholzspitals, statt es durch unbezahlbare Forderungen zu gefährden.

Nadja Lüthi, Münchenstein

### Nein zur Sesselkleberei

#### Zur Abstimmung über die Amtszeitbeschränkung; BaZ diverse

Seit 1972 steht in der Baselbieter Verfassung eine Beschränkung der Amtszeit für Landrätinnen und Landräte von vier Legislaturen, also von sechzehn Jahren. Diese Bestimmung sorgt dafür, dass es eine stete Durchmischung gibt und immer wieder neue und frische Kräfte ins Parlament nachrücken. Die Mitglieder des Landrats haben während dieser maximal sechzehn Jahre genug Zeit, Vorstösse einzureichen, solide Kommissionsarbeit zu leisten und sich somit politisch zu verwirklichen.

Wem nach diesen Jahren immer noch nach politischem Engagement dürstet, kann beispielsweise für einen Gemeinderat kandidieren, in Kommissionen mitarbeiten oder gar nach Bern gehen. Unser Parlament lebt von einer stetigen Durchmischung, welche neuen Wind und unkonventionelle Ideen bringt und braucht keine Sesselkleber. Deshalb gehört die Abschaffung der Amtszeitbeschränkung abgelehnt.

Jan Kirchmayr, Landrat SP, Aesch

### Beschränkung beibehalten

Wenn ein Politiker zu lange im Amt blieb, so witzelte man in den Neunzigerjahren. Der Südtiroler Gletschermensch Ötzi habe gefragt: «Ist die Person immer noch im Amt?» Der Wink mit dem Zaunpfahl wollte zum Ausdruck bringen, dass ein Sesselkleber frischerem Wind Platz machen sollte. Sechzehn Jahre Landrätin oder Landrat sind doch genug. Ich stimme am 21. Mai gegen die Aufhebung der Amtszeitbeschränkung.

Linard Candreia, Landrat, Laufen

### Im Rückwärtsgang in die Zukunft?

#### Zur eidgenössischen Abstimmung über das Energiegesetz; BaZ diverse

Der Abstimmungskampf zur Energiestrategie 2050 wird mit irreführenden Argumenten geführt. Die Energiestrategie visiert ein Ziel an, welches in Zukunft erreicht werden muss, weil die Rohstoffvorkommen endlich sind. Wir stimmen nur darüber ab, ob die Umset-

zung jetzt beginnen soll oder ob man noch abwarten kann.

Der Weg zum Ziel ist zwar skizziert, doch ist es vollkommen klar, dass die Umsetzung eine fortlaufende Anpassung an neue Erkenntnisse und Gegebenheiten erfordern wird. International sind die Strompreise extrem tief, der Ruf nach Subventionen wird unüberhörbar. Doch diese verschieben die Kosten auf die Steuerzahler und reduzieren den Anreiz zum Stromsparen. Deshalb sind zwei Massnahmen nötig: Alle Mengenrabatte (für eine Mangelware) sind abzuschaffen und keine Subventionen für etablierte Herstellungsmethoden. Erst wenn alle Verbraucher die vollen Erzeugungs- und Folgekosten selber bezahlen müssen, wird ernsthaft gespart werden.

Ein schwieriges Ziel zu erreichen, braucht viel Zeit, deshalb jetzt ein überzeugtes Ja zur Energiestrategie 2050.

Paul Kreienbühl, Riehen

### Wertschätzung der Energie

Wie viel Strom benötigt Ihr Haushalt pro Jahr? Wie hoch ist Ihr Gasverbrauch? Wissen Sie, wie viel Sie dafür bezahlen?

Eine kleine Umfrage zeigt, dass zwar alle über den Energieverbrauch reden, aber keine Ahnung davon haben, wie hoch dieser eigentlich im eigenen Haushalt ist. Bestenfalls weiss man, wie viel Liter Benzin sein Auto benötigt. Aber die Wertschätzung des Stroms ist so tief, dass der Normalbürger nicht weiss, dass seine Haushaltsausgaben für den Strom pro Jahr(!) tiefer sind als fürs Essen pro Monat. Gleiches gilt für die Krankenkasse. Wer sich mit seiner Familie einen Skitag gönnt, gibt für dieses Vergnügen in einem einzigen Tag mehr Geld aus, als für seine gesamte Stromjahresrechnung.

Das neue Energiegesetz trägt dazu bei, dass die Energie mehr Wertigkeit in unserem Bewusstsein bekommt. Dazu kann man nur Ja sagen.

Rudolf Jegge, Reinach

### Verhindern Sie Frust und Ärger

Ich bin klar für erneuerbare Energien, wie sie im Gesetz beschrieben sind, und will, dass die Ressourcen für unsere Energie möglichst im eigenen Land bleiben. Ich lege allerdings ein Nein in die Urne, weil das vorliegende Energiegesetz ein typisches Bürokratie- und

Lenkungsmonster ist. Die im Abstimmungsbüchlein erwähnten zusätzlichen Kosten von ca. 40 Franken pro Jahr/Familie sind witzig.

Unsere formal-juristischen Bundesbeamten werden nicht ruhen, bis alles und jedes kontrolliert, verfügt, angeordnet und jede noch so kleine Abweichung unter Strafe gestellt ist. Am Schluss bleiben, ausser der Wasserkraft, alle anderen erneuerbaren Energien immer noch Flatterstrom.

Sobald es gelingt (und es wird gelingen) diese Energien zu speichern, direkt oder über eine andere «lagerfähige» Energieform, geht die Lawine runter und unser Energiesystem organisiert sich neu, ohne dass sich der Gesetzgeber voreileilend mit deren Planung befasst und wo möglich in die falschen Kanäle investiert. Wenn sie in den nächsten 20 Jahren Frust und Ärger verhindern wollen, legen auch Sie ein Nein ein.

Hans Muster, Lausen

### Investieren, nicht verstaatlichen

Herr Borner analysiert sorgfältig die Zusammenhänge und gegenseitigen Einflüsse von Wachstum, Wirtschaft und Energie, und kommt zum Schluss, dass zwar die Kernkraft künftig neben Erdgas nur mehr zweite Priorität habe, aber der Zubau von Kernkraftwerken wegen der flatterhaften Natur der erneuerbaren Energieformen weiterhin nötig sei, und das Energiegesetz des Teufels. Zum gleichen Schluss kommt Herr Schlumpf, weil Solarzellen unter Schnee nicht viel taugen.

Niemand behauptet, die erneuerbaren Energiequellen könnten heute die Stromversorgung ohne Kernenergie gewährleisten, und die Umstellung werde billig sein. Aber die Gegner des Energiegesetzes haben vor 40 Jahren so wenig von der Windenergie gehalten wie Herr Schlumpf heute von den Solarzellen. Inzwischen fährt Frau Bundesrätin Leuthard dank effizienten Stromspeichern auch im Winter und im Regen mit dem Tesla nach Bern und Bertrand Piccard fliegt in der Nacht dank gespeichertem Sonnenstrom um die Welt. Wo in so kurzer Zeit so viel Fortschritt möglich ist, lohnt sich eine kräftige Investition in die Zukunft. Weder Herr Borner noch Herr Schlumpf müssen fürchten, künftig kalt duschen zu müssen. Vielleicht erklären mutige Mitglieder des Freisinn den beiden Herren und den Angsthäsen der SVP den Unterschied zwischen einer zukunftsfruchtigen Investition und der Verstaatlichung der Ener-

gieversorgung. Dann können auch sie zum Energiegesetz Ja sagen.

Werner Stauffacher, Basel

### Ein wichtiger Schritt in die Zukunft

Mit unfairen Mitteln argumentieren die Gegner der Energiestrategie 2050. So heisst es etwa: Energieverbrauch wie vor 50 Jahren, exorbitante Steigerung der Stromausgaben. Und auf einem Plakat wird sogar eine Frau gezeigt, die kalt duschen muss. Einmal mehr frage ich mich, weshalb man mit solchen «Fake News» an die Öffentlichkeit gelangt. Offensichtlich fehlen den Gegnern der Energiestrategie 2050 andere Argumente.

Mit dieser Abstimmungsvorlage werden der Atomausstieg endlich geschafft, die erneuerbaren Energien gefördert und die Energieeffizienz verbessert. So soll die Investition in erneuerbare Energien mit einem Anstieg von 0,8 Rappen pro Kilowattstunde moderat erhöht werden. Wegweisend ist auch, dass trotz der Zunahme der Elektrogeräte, in den letzten 13 Jahren um 46 Prozent, sich deren Stromverbrauch im gleichen Zeitraum um sechs Prozent reduziert hat. Auch im Strassenverkehr tut sich etwas. Autoimporteure müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen von neuen Personenkraftwagen in den nächsten fünf Jahren auf 95g CO<sub>2</sub>/km senken. Und für die Wirtschaft dürfte sogar eine Win-win-Situation entstehen, denn gerade die Förderung von erneuerbaren Energien schafft viele neue Arbeitsplätze.

Darum sage ich mit Überzeugung Ja zur eidgenössischen Vorlage Energiestrategie 2050.

Claude Hodel, Reinach

Fortsetzung auf Seite 14

### An unsere Leserinnen und Leser

Wir veröffentlichen Briefe sowie Kommentare, die uns über baz.ch, Facebook (facebook.bazonline.ch) oder Twitter (@bazonline) erreichen. Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank.  
<http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: [leserbrief@baz.ch](mailto:leserbrief@baz.ch)  
Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel